

Zwischen weiter so und gänzlich verbieten

Die Wahlprogramme zum Rüstungsexport

„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ will das Geschäft mit dem Tod beenden und den Waffenexport stoppen. Deshalb fordern wir mit einer Klarstellung im Grundgesetz: „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert“. Zur Bundestagswahl 2013 hat Aktion Aufschrei Wahlprüfsteine zu den Themen „Rüstungsexportverbot ins Grundgesetz!“, Menschenrechte, Kleinwaffen, Lizenzvergabe, Hermes-Bürgschaften, Transparenz und Vetorecht des Bundestages veröffentlicht. Ihre persönliche Meinung zu den Wahlprüfsteinen beantworten in diesen Wochen die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien im Rahmen von Aktion Aufschrei organisierten Podiumsdiskussionen zur Bundestagswahl.

Auch in ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2013 äußern sich die im Bundestag vertretenen Parteien zum Thema Rüstungsexport.

CDU/CSU und FDP beschränken sich dabei auf jeweils wenige Sätze. Ausführlicher sind die Aussagen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wir dokumentieren die Kernaussagen der einzelnen Wahlprogramme.

CDU/CSU »halten an den geltenden strengen Richtlinien für die Ausfuhr von Rüstungsgütern fest« und setzen sich »weiter für eine Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU ein.«

Die SPD »will zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit.« Sie lehnt »eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik entschieden ab.«

Bündnis 90/Die Grünen »wollen ein verbindliches und restriktives Rüstungsexportgesetz einführen, das deutsche Rüstungsexporte nur nach klaren Kriterien erlaubt.« Der Handel mit Kleinwaffen »muss massiv begrenzt und kontrolliert werden.«

Die Linke fordert dagegen »ein Verbot aller Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte – ohne Ausnahmen. Als ersten Schritt fordern wir das sofortige Verbot aller Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken.«

Die FDP fordert lediglich den »Rüstungsexportbericht künftig zeitnah im direkten Anschluss an den Berichtszeitraum« zu veröffentlichen. Darüber hinaus will sie »die Kontrolle über den weiteren Verbleib und die Verwendung exportierter Waffen und Rüstungsgüter ausbauen.«

Entsprechende Kontrollen fordern auch Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Beide wollen nicht mehr in Länder liefern in denen die Menschenrechte massiv verletzt werden; letztere auch nicht mehr in Krisengebiete.

Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke setzen sich für ein Verbot von Hermes-Bürgschaften ein; erstere wollen auch den Export von Produktionslizenzen für Kriegswaffen an Drittstaaten »prinzipiell verbieten«.

Bündnis 90/Die Grünen wollen die Zuständigkeit für die Genehmigung von Rüstungsexporten vom Wirtschaftsministerium auf das Auswärtige Amt übertragen. Der Bundessicherheitsrat in »seiner jetzigen Form« soll abgeschafft und durch eine -Entscheidung der Bundesregierung »im Konsens«

ersetzt werden. Im Parlament soll ein aufschiebendes Veto eingeführt werden, für Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht.

Die Linke spricht sich »für die Einstellung sämtlicher Rüstungsproduktionen in der Bundesrepublik Deutschland aus.« Sie will mit »Gewerkschaften, Kirchen, der Friedensbewegung u.a. in einen neuen Prozess der Debatte über Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie eintreten, um neue Arbeitsplätze zu schaffen«, denn »ein umfassendes Produktionsverbot ist das beste Mittel zur Eindämmung und Verhinderung von Rüstungsexporten.«

Redaktion: Paul Russmann